

EU-Kommission: Rumänien zieht Kandidaten zurück

Rumänien hat seinen Kandidaten für das Amt des EU-Kommissars, Varujan Vosganian, zurückgezogen. Eine Sprecherin der Regierung in Bukarest sagte am Samstagabend, Ministerpräsident Calin Popescu Tariceanu bereite eine neue Nominierung vor und werde diese nach Konsultationen mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso bekannt geben. Die EU-Kommission nahm die Entscheidung der rumänischen Regierung „zur Kenntnis“. Vosganian habe den Ministerpräsidenten um den Rückzug seiner Kandidatur gebeten, sagte die Sprecherin. Bei der Nominierung eines neuen Kandidaten wolle sich auch Staatspräsident Traian Basescu einschalten, hieß es am Sonntag. Als mögliche neue Kandidaten für den Posten des EU-Kommissars werden Außenminister Mihai Razvan Ungureanu (38) und der Staatssekretär im Ministerium für Europäische Integration, Leonard Orban (45), angesehen, berichtete die Nachrichtenagentur Mediafax am Sonntag. (dpa)

Une feuille de route pour le secteur de la santé

Le gouvernement a adopté vendredi le plan d'action «eSanté». Les objectifs du plan d'action sont les suivants: assurer une meilleure disponibilité des données relatives à la santé des citoyens; rendre superflus des examens et analyses redondants, cela grâce à un meilleur échange de données entre les professionnels; promouvoir la transparence sur les coûts des prestations et les alternatives de traitement; assurer l'interopérabilité du système de santé luxembourgeois avec ceux des autres pays. Il est proposé de réaliser le plan d'action en trois phases, la première phase s'étendant sur la période 2006-2010. La première phase consiste notamment à poursuivre la mise en place des premières applications favorisant l'échange de données.



Le plan «eSanté»: définir des objectifs clairs et précis. (FOTO: AP)

Zum Nachdenken**Bildung allein reicht nicht**

Zur früheren Zeit gab es einfach noch Möglichkeiten, Jobs zu kriegen, Stellen zu bekommen und auch noch über Bildung, über schulische Ausbildung eine Perspektive zu bekommen. Das funktioniert heute nicht mehr. Heute kann jemand den besten Abschluss machen und er kriegt dennoch keine Lehrstelle ... Es hängt schon viel mit Bildung auch zusammen, aber das alleine reicht nicht mehr.

Günter Wallraff,
Deutschlandfunk 24.10.2006

Entwicklungszusammenarbeit

Weltweites Engagement

Aus dem Tätigkeitsbericht des Kooperationsministeriums

VON MARC SCHLAMMES

Luxemburg bleibt ein Musterschüler in der Entwicklungszusammenarbeit. Im Vorjahr belief sich das Engagement des Großherzogtums auf 0,82 Prozent seiner Wirtschaftskraft. Hinzu kommen weitere 0,03 Prozent, die im Rahmen der Tsunami-Hilfe bereit gestellt wurden.

Diese Zahlen sind dem Tätigkeitsbericht der luxemburgischen Kooperationshilfe zu entnehmen, der dieser Tage veröffentlicht wurde. Darin ist auch nachzulesen, dass sich Luxemburg in den zurückliegenden zehn Jahren kontinuierlich gesteigert hat. 1995 lag das Land bei 0,32 Prozent oder 46,11 Millionen Euro. Fünf Jahre später konnte die Vorgabe der Vereinten Nationen, 0,7 Prozent des Bruttonationalproduktes in die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren, erstmals erreicht werden. Zur Jahrtausendwende flossen 133,43 Millionen Euro in die Länder der Dritten Welt. 2005 wurden 207,38 Millionen Euro in die Kooperationshilfe investiert.

Mittelfristig hat das Großherzogtum die Ein-Prozent-Marke fest im Visier. Dass Luxemburg dieses Ziel erreichen will, bestätigte Jean-Louis Schiltz Mitte September anlässlich der zweiten „Assises de la coopération luxembourgeoise“. Damals hatte der Minister für Entwicklungszusammenarbeit auch die Prioritäten des luxemburgischen Engagements im armen Süden bestätigt: Vorrangiges Ziel bleibt die Ausrottung der Armut. Um dieses Ziel zu erreichen, baut Schiltz auf sechs Pfeiler: Bildung, berufliche Eingliederung, Gesundheitswesen, Mikrofinanzierung, gute Regierungsführung, Wasseraufbereitung- und versorgung.

Cotonou, Ratsvorsitz, Tsunami

2005 war die luxemburgische Entwicklungszusammenarbeit durch drei größere Geschehnisse geprägt: der Ratsvorsitz im ersten Semester, die Tsunami-Katastrophe zum Jahresanfang und die Überarbeitung der Abkommen von Cotonou. Das Abkommen, das den AKP-Staaten Zugangserleichterungen zu den eu-

ropäischen Märkten gewährleistet, soll nach Vorstellung von Jean-Louis Schiltz in einer echten Partnerschaft EU/AKP münden.

Zu Beginn seiner Ratspräsidentschaft musste sich der Minister einer Tragödie von bis dato unbekanntem Ausmaß stellen: der Tsunami mit Hunderttausenden von Toten, Verletzten und Obdachlosen. Gemeinsam mit dem für Entwicklungszusammenarbeit zuständigen EU-Kommissar, dem Belgier Louis Michel, sollte Schiltz die Herausforderung der Koordination der Hilfe aus Europa meistern.

Mit einem entwicklungspolitischen Erfolgserlebnis sollte der EU-Vorsitz abschließen. Jean-Louis Schiltz konnte den 24 EU-Partnerstaaten abringen, ihr Engagement bis 2015 auf 0,7 Prozent anzuheben, mit als Zwischenstation 2010 und 0,56 Prozent. Derzeit erfüllen neben Luxemburg lediglich Benelux-Partner Niederlande und die beiden skandinavischen Staaten Dänemark und Schweden die UN-Vorgabe.

Kernstück der luxemburgischen Entwicklungszusammenarbeit ist das Engagement in den zehn Zielländern in Asien, Westafrika und Zentralamerika. Insgesamt flossen im vergangenen Jahr 80,79 Millionen Euro in diese zehn Staaten: Kap Verde (12,00 Millionen Euro), Vietnam (9,59 Mio. Euro), Mali (9,00 Mio. Euro), Burkina Faso (8,86 Mio. Euro), Senegal (8,30 Mio. Euro), Nicaragua (7,31 Mio. Euro), Laos (6,5 Mio. Euro), Niger (6,36 Mio. Euro), El Salvador (5,52 Mio. Euro), Namibia (4,14 Mio. Euro). Die besetzten palästinensischen Gebiete werden ähnlich behandelt wie die zehn Zielstaaten und erhielten 2005 rund 3,2 Millionen Euro Entwicklungshilfe aus Luxemburg.

Was die Zusammenarbeit mit den Zielländern anbelangt, führt Jean-Louis Schiltz die Herange-



Ein Lächeln als Dank: Kinder im Senegal, ein

hensweise seines Amtsvorgängers Charles Goerens fort. Mit so genannten „programmes indicatifs de coopération“ wird das Miteinander programmbezogen über mehrere Jahre koordiniert und organisiert. Dieses partnerschaftliche Vorgehen soll die Effizienz der Entwicklungshilfe steigern.

Daneben hat Minister Schiltz unlängst angekündigt, das Netz zwischen Luxemburg und seinen Partnern künftig noch enger zu stricken, mit der Öffnung von Kooperationsbüros in Managua (Nicaragua) und Ouagadougou (Burkina

APFL: Projekt ist vage und unanwendbar

Französischlehrer gegen Einführung der Kompetenzsockel ab 2007/2008

Zwar lehnen die Französischlehrer die Einführung von Kompetenzsockeln nicht ab. Im Gegenteil: Bereits seit Jahren fordert die „Association des professeurs de français du Luxembourg“ (APFL) eine klare Definierung der Anforderungen, die die Schüler je nach Stufe bewältigen müssen.

Bloß mit dem gegenwärtig vorliegenden Projekt mag sich die Vereinigung nicht abfinden. Das Vorhaben sei zu vage formuliert, als dass es in die Praxis umgesetzt werden könne. Deshalb verabschiedete die APFL-Generalversammlung vor drei Tagen eine Resolution, in der die Lehrer das Bildungsministerium zum Rückzug der jetzigen Pläne auffordern und sich klar gegen eine Einführung des Kompetenzunterrichts ab dem Schuljahr 2007/2008 aussprechen.

In einer Pressemitteilung weist die APFL darauf hin, dass eine Reihe von Reformvorhaben, die das Bildungsministerium in der jüngsten Vergangenheit in die Wege geleitet habe, unter den Lehrern,



Die Meinung der Lehrer muss bei den Schulreformen berücksichtigt werden, fordert die APFL. (FOTO: M. WILWERT)

Schülern und Eltern für Beunruhigung gesorgt hätten. Auch hätten die Lehrgewerkschaften die Angemessenheit dieser Pläne in Frage gestellt, die sie als oberflächlich

und realitätsfern kritisiert hätten. Zudem bedauert die Vereinigung der Französischlehrer, dass einige Vertreter des Bildungsministeriums die Vorbehalte der Lehrer

mit einer gewissen Arroganz zurückgewiesen hätten, während die ausländischen Berater des Ministeriums sich der spezifischen Sprachensituation in Luxemburg nicht genügend bewusst seien.

Überrascht zeigen sich die APFL-Mitglieder über die Pläne des Bildungsministeriums, die Schaffung von Kompetenzsockeln mit der Einführung des Englisch-Unterrichts auf den 7^e-Klassen verbinden zu wollen. Eine Reduzierung der Französisch-Stunden lehnt die Vereinigung jedenfalls strikt ab. Eine solche Maßnahme sei unangebracht in Zeiten, in denen mehr und mehr Schüler Schwierigkeiten beim Erlernen dieser Fremdsprache aufweisen würden. Dabei seien gute Französisch-Kenntnisse eine wichtige Voraussetzung für den hiesigen Arbeitsmarkt. Eine automatische Versetzung eines Schülers in die nächsthöhere Kompetenzstufe, wie sie vom Bildungsministerium in Erwägung gezogen werde, kommt für die Französischlehrer ebenfalls nicht in Frage. (jm)